



Protokoll der 8. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Mai 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Fraefel Stefan, Lirgg Andreas und Steinger Pia

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass der von einem dringlichen Postulat in eine dringliche Interpellation umgewandelte Vorstoss Nr. 2013/58 an der heutigen Sitzung zu beraten ist.

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| 1. | Dringliche Interpellation (vormals Postulat) betreffend Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/58 |
| 2. | Protokoll der Ratssitzung vom 24. April 2013
<i>://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 3. | Ersatzwahlen Wahlbüro
<i>://: Einstimmige Wahl von Frau Joelle Gränicher und Frau Elisabeth Pfirter gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion.</i> | 2013/54 |
| 4. | Amtsbericht 2012 – Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
<i>://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der GPK genehmigt der Rat einstimmig den Amtsbericht 2012.</i> | 2013/40
2013/40a |
| 5. | Baukostenabrechnung „Poststrasse“ – Prüfungsbericht der Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/132d.
://: Der einwohnerrätliche Auftrag an die FIKO vom 02.03.2011 wird mit grossem Mehr bei 4 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2010/132 –
2010/132d |
| 6. | Rückbau Rheinstrasse – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Jürg Holinger der Grünen Fraktion zum „Rückbau“ der Rheinstrasse durch den Stadtrat
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/43
2013/43a |
| 7. | Bessere Sicherung Schulwege – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend besserem Sichern der Schulwege durch den Stadtrat
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2013/44
2013/44a |

8. Raumplanung Liestal – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Raumplanung in Liestal durch den Stadtrat 2013/45
2013/45a
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
9. Ortsbus-Bedürfnisabklärung – Postulat von Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Bedürfnisabklärung Ortsbus 2013/49
://: Das Postulat wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.
10. Ergolzstadt – Beantwortung der Interpellation „Zukunft des unteren Ergolztales: Ergolzstadt?“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion durch den Stadtrat 2013/50
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
11. Oskar-Bider-Quartier – Postulat „Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion 2013/51
://: Mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.
12. IBA Basel 2020 – Beantwortung der Interpellation zur IBA Basel 2020 von Jürg Holinger der Grünen Fraktion durch den Stadtrat 2013/52
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
13. Erschwinglich wohnen – Postulat „Erschwinglich wohnen in Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion und Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/53) 2013/53
://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Amtsjahrschluss-Essen vom 26.06.2013: Es wird nochmals in Erinnerung gerufen, dass die Rückmeldetalons betreffend dem diesjährigen Amtsjahrschlussessen bis spätestens am Schluss der heutigen Sitzung dem Ratsschreiber abzugeben sind.
- Geschäftsreglement Einwohnerrat, Revision: Das Büro hat das Verfahrenspostulat betreffend der Revision des Ratsreglementes verabschiedet. Dieses wird auf die nächste Ratsitzung traktandiert.
- KESB, Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission: Das Büro ist damit einverstanden, dass die FIKO der Stadt Liestal selber 1 Mitglied aus ihrer Mitte als Delegierte/n in die KESB-RPK gemäss § 11 des KESB-Vertrages wählt.
Bei der Überarbeitung des Geschäftsreglementes ist gegebenenfalls ein entsprechender Passus ins Reglement aufzunehmen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rot
- Vorlagen Nr. 2013/57 – Nr. 2057/60 (neue Vorstösse)
- Integra-Begegnungsfest vom 07.09.2013; Anmeldetalon

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------|--|
| - Hanspeter Meyer | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation betreffend Einbürgerungen in Liestal von Meret Franke und Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/57)
- Dringliches Postulat betreffend Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2013/58)
- Interpellation betreffend Kulturdenkmäler in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2013/59)
- Interpellation betreffend Belagsreparaturen in der Liestaler Altstadt von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2013/60)

Mitteilungen des Stadtrates

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass vom Stadtrat keine Mitteilungen zu machen sind.

Traktandenliste

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass das dringliche Postulat betreffend Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf der SVP-Fraktion (Nr. 2013/58) vorgängig der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Dieser neue Vorstoss würde gemäss § 47 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes sofort behandelt, sollten 2/3 der anwesenden Mitglieder dies beschliessen. Vorerst steht deshalb nur die Dringlichkeit des Vorstosses zur Diskussion.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt als Postulant mit, dass im Zusammenhang mit der laufenden Fahrplan-Vernehmlassung nur kleine Korrekturen vorgenommen werden. Die Dringlichkeit seines Vorstosses ist gegeben, weil die Vernehmlassungsfrist bereits am 14. Juni 2013 abläuft.

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, dass der Stadtrat das Postulat vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist vom 14. Juni 2013 gar nicht mehr beantworten könnte. Der Stadtrat stellt deshalb den Antrag, dass der Vorstoss in eine dringliche Interpellation umgewandelt wird, damit der Stadtrat den Vorstoss an der heutigen Sitzung noch beantworten könnte.

Hanspeter Meyer (SVP) kann sich als Postulant damit einverstanden erklären, dass der Vorstoss Nr. 2013/58 in eine dringliche Interpellation umgewandelt wird. Ihm ist wichtig, dass das Geschäft heute behandelt werden kann.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sich die Mittefraktion mit der Dringlichkeitserklärung des Vorstosses einverstanden erklären kann.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass bezüglich der Dringlichkeitserklärung der Interpellation Nr. 2013/58 keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat, dass die Interpellation Nr. 2013/58 dringlich an der heutigen Ratssitzung zu behandeln ist.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet und/oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 15.05.2013 mit der vorgängig beschlossenen Ergänzung beschlossen.

87 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Fahrplanentwurf-Vernehmlassung – Dringliche Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf (Nr. 2013/58)

Die dringliche Interpellation (vormals dringliches Postulat) hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion

27. Mai 2013

Dringliches Postulat

betreffend Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf

Direkte Schnellzugsverbindungen sind für den Wirtschaftsraum Liestal von grosser Bedeutung. Umsteigen in den grossen Drehscheiben wie Basel, Olten, Bern oder Luzern ist oft sehr mühsam und teilweise auch mit langen Wartezeiten verbunden. Diese Zentren sind zudem massiv überlastet, und deshalb wäre es wichtig, dass die Passagiere möglichst einfach in den kleineren Zentren in direkte Züge einsteigen könnten.

Liestal liegt an den internationalen Linien ins Wallis und ins Tessin und wurde früher immer mit direkten Schnellzügen in diesen Destinationen bedient. Leider haben die SBB in den letzten Jahren all diese Schnellzugshalte gestrichen, obwohl sich die Stadt und der Kanton dagegen zur Wehr setzten. Auch die Direktverbindungen zum Flughafen Zürich-Kloten und nach Österreich wurden wieder fallen gelassen.

Bis zum 14. Juni 2013 läuft die Vernehmlassungsfrist für den neuen Fahrplan. Im Rahmen dieses Verfahrens sollten sich Stadtrat und Einwohnerrat dafür einsetzen, dass die Direktverbindungen – wenigstens teilweise – wieder eingeführt werden.

Wir bitten deshalb den Stadtrat, die Vernehmlassung im Sinne dieses dringlichen Postulates zu verfassen.

* * * * *

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt als Interpellant, man müsse für die Schnellzugshalte in Liestal kämpfen. So habe man in den letzten Jahren den Schnellzug mit der Direktverbindung ins Wallis verloren, was für Zugbenützer mit Reisegepäck doch mühsam ist. Es sollte im Interesse der SBB sein, dass auch kleinere Zentren wie beispielsweise Liestal zur Entlastung der grossen Zentren besser angebunden würden. Kantone wie St. Gallen, Aargau, Luzern usw. haben sich erfolgreich für Schnellzughalte bei den Subzentren ihrer Kantone eingesetzt. Liestal liegt an der wichtigen internationalen Nord-/Süd-Strecke und hat dennoch wichtige Zughalte von wichtigen Verbindungen verloren. Liestal sollte bei den Fahrplanvernehmlassungen immer wieder bezüglich der Schnellzughalte vorstellig werden.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, man unterscheide zwischen kleinen und grossen Fahrplanwechseln. So werden im 2013 keine wesentlichen Änderungen bewirkt werden können. Im örtlichen Fahrplankompetenzzentrum sind die Herren Rolf Gutzwiller und Karl Meyer sowie Frau Brigitte Bauer vom Stadtbauamt vertreten, welche sich zusammen mit dem Stadtrat aktiv bei den Fahrplanprozessen beteiligt und bereits eingebracht hatte. So kommt man heute mit dem Zug ohne Umsteigen von Liestal nach Zürich, Bern, Luzern usw. und dies ist für den Standort Liestal enorm wichtig. Das Glas ist halb voll und man ist bemüht, dass dies auch so

bleibt. Es ist tatsächlich so, dass man bei einer Zugreise ins Wallis in Bern umsteigen muss, doch ist der Wechsel auf demselben Perron sicher kein grösseres Problem. Die nächste grosse Fahrplandiskussion wird im Dezember 2014 sein. Noch viel wichtiger ist es, dass sich Liestal rechtzeitig im Zusammenhang mit den Umstellungen hinsichtlich der Eröffnung der Gotthard-Basislinie einbringen wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) hält auf Wunsch von Stadtrat Peter Rohrbach als Mitglied des Fahrplankompetenzzentrum einige Punkte bezüglich des Vorstosses fest: Als ehemaliger Mitarbeiter der SBB kann er feststellen, dass vor rund 15 Jahren das Verhältnis der Stadt Liestal zur SBB doch recht zerrüttet war. In der Fahrplangruppe widmet sich Karl Meyer schweremässig den Bus-Fahrplänen und er selbst den SBB-Fahrplänen. Grundsätzlich ist Liestal bereits heute schon recht gut erschlossen, stellt man den Vergleich mit anderen Gemeinden und Regionen an. Beim Schienenverkehr muss man zwischen dem Regionalverkehr, dem nationalen Fernverkehr und dem internationalen Fernverkehr unterscheiden. Der Regionalverkehr mit der S3 im Halbstundentakt funktioniert recht gut und dieser wird vielleicht später gar noch auf den Viertelstundentakt ausgebaut. Bei dem nationalen Fernverkehr muss sich Liestal immer wieder für weitere und bessere Zughalte einsetzen. Der internationale Fernverkehr ist für Liestal nicht von grosser Bedeutung. Liestal ist ein bedeutendes Mittelzentrum, berücksichtigt man auch die Umsatzzahlen. Der Stadtrat war in letzter Zeit oft aktiv und so konnten beispielsweise Zughalte in Liestal bei Zugverbindungen nach Bern im Zusammenhang mit der Bahn 2000 ausgehandelt werden. Vor rund einem Jahr konnten ebenfalls Verbesserungen bei den Anschlüssen in Olten zu Gunsten Liestals erreicht werden. Natürlich hat man keine direkten Verbindungen nach Brig, doch wie bereits erwähnt, sind die Anschlüsse in Bern ideal bzw. zumutbar. Schweremässig hatte sich Liestal für genügend Zuganschlüsse eingesetzt, die direkten Verbindungen waren dabei nicht so wichtig. Diese Strategie müsste vielleicht einmal im Grundsatz diskutiert werden. Bezüglich der Kapazitätsplanung muss festgestellt werden, dass man bei der SBB-Linie Basel – Olten stark am Anschlag ist. Nach seinem jetzigen Wissen wird ebenfalls beim nächsten grossen Vernehmlassungsverfahren im kommenden Jahr am Grundkonzept nicht viel geändert.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/52.

88 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Protokoll der Ratssitzung vom 24. April 2013

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 24. April 2013 eingegangen sind.

Zum Geschäft bzw. Protokoll werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 24. April 2013 wird einstimmig genehmigt.

89 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen Wahlbüro (Nr. 2013/54)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist und sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die vorgeschlagenen neuen Wahlbüromitglieder offen und gesamthaft gewählt werden.

Er stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion werden Frau Joelle Gränicher und Frau Elisabeth Pfirter vom Rat einstimmig als Wahlbüromitglieder für die restliche Amtsperiode 2012- 2016 gewählt.

90 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Amtsbericht 2012 - Bericht der Geschäftsprüfungskommission
GPK (Nr. 2013/40)**

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt als Präsident den Bericht der Geschäftsprüfungskommission gemäss Vorlage Nr. 2013/40a vor: Die seit dem 1.7.2012 neu zusammengesetzte GPK hatte erstmals den stadträtlichen Amtsbericht gemäss Auftrag des ER-Geschäftsreglementes geprüft. Gemäss Kommissionsbericht beantragt die GPK dem Rat die Genehmigung des Amtsberichtes 2012. Unter Punkt 4 des Kommissionsberichtes sind diejenigen Punkte aufgeführt, welche in der Kommissionsberatung besonders aufgefallen sind. Der Fragenkatalog ist vielleicht etwas lang geworden, doch ist diese Feststellung nicht negativ zu werten. Denn dieser widerspiegelt, dass die GPK an Details interessiert ist und bei Unklarheiten die Sache geklärt haben möchte. Im Zusammenhang mit dem nächsten Amtsbericht wird aber die GPK die Länge des Fragenkataloges thematisieren. Den Kommissionsmitgliedern wird für die engagierte Arbeit gedankt. Im Dank sind auch all diejenigen inbegriffen, welche letztes Jahr zum guten Gelingen beigetragen hatten. Auf weitere Details des GPK-Berichtes möchte er an dieser Stelle nicht eingehen, doch stehe er bei allfälligen Fragen gerne zur Verfügung.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, dass die Mittefraktion den Amtsbericht 2012 einstimmig genehmigen wird. Dem Stadtrat und den Beteiligten wird für die übersichtliche Darstellung des Berichtes sowie die kompetente Beantwortung der GPK-Fragen der beste Dank ausgesprochen.

Marianne Quensel (SP) berichtet, auch die SP-Fraktion wird einstimmig den Amtsbericht genehmigen. Trotz verschiedenen personellen Wechsels im letzten Jahr zeigt der Bericht keine gravierenden Mängel auf, was sicher nicht selbstverständlich ist. Dem neu zusammengesetzten Stadtrat und der Verwaltung wird der beste Dank ausgesprochen.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, es liege ein übersichtlicher Amtsbericht mit Zielvorgaben vor, welche trotz einigen Personalwechsels mehrheitlich erreicht werden konnten. Es ist erfreulich, dass das Kulturkonzept umgesetzt und Liestal mit weiteren kulturellen Angeboten belebt wird. Die Weiterentwicklung Liestals zeigt sich auch bei den Kinderspielplätzen, welche in Zusammenarbeit mit den Quartierbewohnern saniert wurden. Bedauerlich ist die erneute Verschiebung der Sanierung der Liegenschaft „Haus zur Allee“ wegen Sicherheitsmassnahmen, ist damit doch auch die Aussenraumgestaltung in der Allee nicht mehr aktuell. Analog den Kinderspielplätzen könnte auch dort mit dem Engagement von Jugendlichen, Einwohnern usw. und ohne grosse finanzielle Mittel etwas bewirkt und verbessert werden. Erfreut nimmt man auch von der schrittweisen Umsetzung des Landschaftsentwicklungskonzeptes LEK Kenntnis. Auch freut man sich über alle Massnahmen, die im Zusammenhang mit dem Langsamverkehr umgesetzt werden. Ferner hoffe man, dass die neu angebotene Kompostberatung in Anspruch genommen und diese mit weiteren Angeboten gar erweitert wird. Auch ihre Fraktion wird dem Amtsbericht zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) informiert, der Amtsbericht 2012 sei von sehr guter Qualität und seine Fraktion wird diesem ohne Vorbehalte zustimmen. Betreffend der im Fragenkatalog unter Punkt 2.3 thematisierten Waldweg-Signalisation halte er fest, dass für die Fahrverbote der Stadtrat verantwortlich zeichnet. Für die Beschilderung der Waldwege ist die Bürgergemeinde verantwortlich und diese ist von der örtlichen Zunft zum Stab initiiert, finanziert und realisiert worden, wofür er an dieser Stelle nochmals den besten Dank aussprechen möchte. Von den Mitarbeitenden der Forstverwaltung sind insgesamt 174 Waldweg-Schilder montiert worden.

Werner Fischer (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion wird dem Amtsbericht 2012 zustimmen, welcher sehr umfassend ist und eine positive Grundtendenz ausweist.

Sabine Sutter (FDP) bemerkt, bei Punkt 1.5 des Amtsberichtes habe sie festgestellt, dass die Fraktionspräsidenten teilweise falsch bezeichnet sind.

Aus der Ratsmitte wird bezüglich dem Votum von Sabine Sutter (FDP) festgehalten, dass diesbezüglich eine Richtigstellung im GPK-Bericht gemacht wird.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt namens des Stadtrates für die Beratung in der GPK und die positiven Rückmeldungen der Fraktionen an der heutigen Sitzung betreffend dem Amtsbericht 2012.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der GPK genehmigt der Einwohnerrat einstimmig den Amtsbericht 2012.

91 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Baukostenabrechnung „Poststrasse“ – Prüfungsbericht der Finanzkommission FIKO (Nr. 2010/132)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert über den Ablauf im Zusammenhang mit der Beratung des vorliegenden Kommissionsberichtes.

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/132d und hält die wichtigsten Punkte kurz fest: Der Auftrag an die FIKO ist vom Rat an der Sitzung vom 02. März 2011 beschlossen worden. Der Präsident und Vizepräsident der FIKO hatten am 04. Februar 2013 die Baukostenabrechnung stichprobenweise überprüft und vom Stadtbauamt auch weitere Auskünfte erhalten. Die Prüfungsfeststellungen sind dann an der FIKO-Sitzung vom 11. März 2013 thematisiert und besprochen worden. Die Folgekosten von CHF 12'910.10 für das Versetzen der Bäume und Kandelaber sind vom Planungsbüro übernommen worden. Betreffend den Regressnahmen im Zusammenhang mit der nachträglich installierten Lichtsignalanlage sowie weiteren Feststellungen im Zusammenhang mit der Baukostenabrechnung wird auf den FIKO-Bericht verwiesen. Auf weitere Massnahmen, juristische Abklärungen usw. verzichtet die FIKO, da das Geschäft Poststrasse nun doch ad acta gelegt werden und nicht mehr weiter verfolgt werden sollte.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) nimmt als GPK-Präsident Stellung zum FIKO-Bericht, da der einwohnerrätliche Auftrag an die FIKO im März 2011 auf Antrag der GPK beschlossen wurde. Die GPK ist mit dem FIKO-Bericht einverstanden und unterstützt auch die Anträge. Basierend auf dem GPK-Schreiben vom 03. Dezember 2012 hatte der Stadtrat mit Schreiben vom 29. Januar 2013 zu den einwohnerrätlichen Empfehlungen vom 02.03.2011 Stellung genommen. In diesem wird unter anderem festgehalten, dass die Kosten von ca. CHF 10'000.-- für das Versetzen der 3 Bäume in der Poststrasse vollumfänglich vom Ingenieurbüro übernommen wurden. Gemäss FIKO-Bericht ist auch das Versetzen der Kandelaber vom Planungsbüro übernommen worden, wobei sich die Kosten auf total CHF 12'910.10 belaufen. Die stadträtlichen Antworten an mehrere Kommissionen sollten deshalb künftig schon identisch sein. Die GPK wird keine weitere Stellungnahme zu diesem Geschäft abgehen und betrachtet ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem Geschäft Poststrasse ebenfalls als abgeschlossen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass seine Fraktion von den Abklärungen und vom FIKO-Bericht zustimmend Kenntnis nimmt. Auch die Autobus AG und der Kanton waren bezüglich den entstandenen Folge- bzw. Zusatzkosten nicht ganz schuldlos. Und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass keine Mehrkosten entstehen dürfen, könnte diese dazu führen, dass die Verwaltung konservativ bei der Budgetierung genügend Pölsterchen einplant. Die Poststrasse funktioniert doch recht gut und lediglich die Einhaltung der Begegnungszonen-Vorschriften sollte besser kontrolliert werden.

Lorenz Rudin (FDP) äussert, die FDP-Fraktion begrüsse die buchhalterische Aufarbeitung der Poststrasse und Kostenübernahme des Ingenieurbüros Sutter AG. Wichtig ist ebenfalls, dass im FIKO-Bericht nochmals die Problematik betreffend den Nachtragskrediten thematisiert wird. Die Lehren aus dem Projekt Poststrasse sollen nun bei künftigen Projekten bzw. beim Projektmanagement, der Zusammenarbeit mit externen Partnern und Massnahmen bei Nachtragskrediten usw. einfließen. Den Anträgen der FIKO wird man einstimmig zustimmen.

Patrick Mägli (SP) teilt mit, die SP-Fraktion sei froh darüber, dass die Baukostenabrechnung überprüft und das damals doch recht emotionale Geschäft nun vollständig aufgearbeitet wurde. Auch wenn nicht alles rund und perfekt gelaufen ist, darf man heute doch feststellen, dass die Poststrasse für das Verkehrsregime von Liestal eine gute Lösung ist. Es ist gut,

dass die Folgekosten für das Versetzen der Bäume und Kandelaber vom Ingenieurbüro übernommen worden sind. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Angelegenheit Poststrasse nun erledigt ist.

Markus Meyer (SVP) berichtet, seine Fraktion könne dem FIKO-Bericht sowie den Kommissionsanträgen grundsätzlich zustimmen. Kleinere Bedenken möchte man aber doch anmelden, hatten doch Fehler des Stadtbauamtes zu nicht unbedeutenden Mehrkosten geführt. Und im Hinblick auf die neue Interpellation Nr. 2013/60 betreffend den Belagsreparaturen in der Altstadt frage man sich, ob im Zusammenhang mit solchen Projekten alles richtig abläuft. Beim zweiten FIKO-Antrag werden sich deshalb einige Fraktionsmitglieder der Stimme enthalten. Als regelmässiger Busbenützer möchte er persönlich noch anmerken, dass der Verkehr in der Poststrasse nicht so super verläuft, wie es immer wieder erwähnt und dargestellt wird. Vielleicht sollte man diesbezüglich einmal die Buschauffeure befragen.

Stadtrat Peter Rohrbach findet es ebenfalls richtig und wichtig, dass dieses Geschäft von der FIKO aufgearbeitet wurde. Im Zusammenhang mit dem Kreditmanagement findet es der Stadtrat nicht gut, wenn es zu Über- und auch Unterschreitungen von Krediten kommt. Bezüglich dem Projekt- und Kostenmanagement funktioniert es zwischenzeitlich wesentlich besser. Betreffend dem von der SVP-Fraktion in Frage gestellten korrekten Ablauf halte er fest, dass auch bei der Poststrasse alles korrekt abgelaufen ist, was mit dem FIKO-Bericht auch bestätigt wird. Auch von der ROD-Treuhandgesellschaft werden beim Stadtbauamt pointiert Revisionen bei Baukostenabrechnungen usw. vorgenommen. Es gibt keinen Grund, auch nur einen Hauch von Zweifeln zu äussern. In der gleichen Zeitspanne sind nebst der Poststrasse noch verschiedene andere Strassen und Plätze realisiert worden, welche zu keinen Beanstandungen geführt hatten und bei denen vom Stadtbauamt sehr gute Arbeit geleistet wurde.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und deshalb über die beiden FIKO-Anträge abgestimmt werden kann.

- ://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis von den gemachten Feststellungen der FIKO gemäss Vorlage Nr. 2010/132d.
- ://: Der einwohnerrätliche Auftrag vom 02. März 2011 an die FIKO gemäss Antrag 7.3 des GPK-Berichtes Nr. 2010/132b wird mit grossem Mehr bei 4 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben.

92 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Rückbau Rheinstrasse – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Jürg Holinger der Grünen Fraktion zum „Rückbau“ der Rheinstrasse durch den Stadtrat (Nr. 2013/43)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Wie vom Stadtrat an der letzten Sitzung vom 24.04.2013 zugesichert wurde, ist die Interpellation mit der Vorlage Nr. 2013/43a schriftlich beantwortet worden.

Jürg Holinger (GL) dankt als Interpellant dem Stadtrat für die schriftliche detaillierte Beantwortung der Interpellation. Mit dem Inhalt der stadträtlichen Antworten ist er nur teilweise zufrieden. Es stimmt wohl geografisch, dass in Liestal vor allem das Radacker-Quartier betroffen ist, doch sind die Eckdaten in Frenkendorf gebildet worden, welche doch noch genauer angeschaut werden müssten. Der Rückbau der Rheinstrasse war ein inhaltlicher wesentlicher Bestandteil bei der Volksabstimmung im 2006, wo vom Souverän der Bau und die Finanzierung der H2 beschlossen wurde. Gemäss Abstimmungsbroschüre soll der Rückbau dem Willen des Volkes entsprechen und gleich im Anschluss an die Bauarbeiten erfolgen. Die Eckdaten dieses Rückbaus sind in seiner Interpellation aufgeführt. Und nun soll dieser rechtsgültige Rückbau ertüchtigt werden, wie es in der stadträtlichen Vorlage heisst. Die Aussage, dass der Rückbau ertüchtigt werden soll, dürfte Potential dafür haben, zum Unwort des Jahres werden zu können. Die wesentlichen Merkmale des kantonalen Konzeptes sind ebenfalls in seinem Vorstoss aufgeführt. Gemäss einem Dokument der Bau- und Umweltschutzdirektion soll der im Jahre 2006 beschlossene Rückbau den aktuellen Ansprüchen und Bedürfnissen an die Strasse nur unzureichend dienen. Und so muss ein Denkfehler passiert sein, denn das Kriterium für die Ausgestaltung des Rückbaus kann ja nicht der künftige Verkehr sein. Vielmehr ist das Kriterium eine Zahl, welche damals im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung UVP definiert wurde. Eine Ertüchtigung der Rheinstrasse hätte einen Mehrverkehr für Liestal zur Folge. Und so ist der Zahlenvergleich bei der stadträtlichen Antwort zu seiner dritten Frage falsch, denn der heutige Verkehr kann ja nicht mit dem nachmaligen Verkehr verglichen werden, sonst hätte man ja die H2 gar nicht bauen müssen. Der Zahlenvergleich hätte auf der Basis der Zahlen der Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden müssen. Die Stadt ist in verschiedenen vorberatenden Gremien vertreten und er frage sich schon, ob denn die Stadt nicht hätte vermehrt Einfluss nehmen und die Chance nutzen können. Mit den stadträtlichen Antworten zu seinen Fragen 1, 2 und 4 sei er teilweise einverstanden. Vor allem der letzte Abschnitt bei der Frage 4 bezüglich der Velospur freue ihn. Wichtig ist, dass der Stadtrat die Bemühungen des Kantons für eine Verkehrsumlagerung von der Rheinstrasse auf die H2 unterstützen wird, wie dies bei der Antwort zur Frage 9 zugesichert wird. Gemäss Schlussdokumentation der Bau- und Umweltschutzdirektion werden die Gemeinden noch zur Vernehmlassung betreffend dem Rückbau-Projekt eingeladen. Die diesbezüglichen Gedanken und Äusserungen des Interpellanten sollten dann auch berücksichtigt werden. Die Grüne Fraktion überlegt sich, ob sie dem Stadtrat mit einem Postulat in diesem Zusammenhang nicht gar noch eine Hilfestellung geben könnte.

Fabian Eisenring (SP) sagt, auch seine Fraktion danke den Verantwortlichen für die Interpellationsbeantwortung. Der Verkehr über die Rosenstrasse ist merkbar zurückgegangen und der Schild-Kreisel macht absolut Sinn. Die H2 sollte das bringen, was sie verspricht, nämlich weniger Verkehr und Lärm der direktbetroffenen Gemeinden. Insbesondere der Langsamverkehr muss berücksichtigt und im Auge behalten werden.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Mittefraktion sei mit der stadträtlichen Stossrichtung und den Interpellationsantworten zufrieden. Grundsätzlich handelt es sich beim Bauprojekt um ein Geschäft des Kantons. In dem vom Landrat im Jahre 2009 beschlossenen Richtplan des Kantons werden als oberste Planungsgrundsätze Aussagen betreffend der

Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung gemacht, die in einem Widerspruch zu den Absichten des Kantons betreffend dem Rückbau der Rheinstrasse stehen. Bei der UVP im Zusammenhang mit der H2 geht man davon aus, dass der Verkehr bei der Rheinstrasse zurückgehen wird. Und sollten nun die im Zusammenhang mit der H2-Abstimmung gemachten Versprechen nicht eingehalten werden, so würde der Kanton unglaubwürdig werden. Die baulichen Massnahmen und vor allem der Langsamverkehr sollten gemäss Volksentscheid umgesetzt werden, wofür sich der Stadtrat beim Kanton auch mit Nachdruck einsetzen sollte.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, auch seine Fraktion begrüsse es, dass der Rat über dieses Thema diskutieren kann. Auch die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die gemachten Versprechen mit gegebenenfalls kleineren Korrekturen doch eingehalten werden sollten. Auch sollten mit dem Rückbau der Rheinstrasse keine Luxuslösungen umgesetzt werden. Liestal ist speziell beim Abschnitt Schild-Areal bis zur Kantonalbank direkt betroffen. Und sollte die Erhöhung der Autovignettenpreise abgelehnt werden, so dürfte auch die Finanzierung bzw. Realisierung der Umfahrungsstrasse von Liestal gefährdet sein. Sollte der Zentrumsanschluss nicht realisiert werden, müsste das Verkehrskonzept für Liestal angepasst und überarbeitet werden, ansonsten es in Liestal zu einem Verkehrskollaps kommen dürfte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, im Moment laufe die Vernehmlassung betreffend den kantonalen Velorouten. Die Rheinstrasse ist ein Teil davon und sie gehe davon aus, dass sich die Stadt Liestal diesbezüglich auch eingeben wird.

Erika Eichenberger (GL) nimmt Bezug auf die Aussagen der Vorredner und erklärt, dass betreffend dem Veloweg bei der Rheinstrasse keine direkte Velowegverbindung das Ziel des Kantons sein wird. Und gerade weil vom Bund die Wünsche der Stadt Liestal betreffend Umfahrungsstrasse und Zentrumsanschluss eventuell nicht erfüllt werden, ist es wichtig, dass möglichst wenig Verkehr durch Liestal hindurch rollt. Darum ist es wichtig, dass die Rheinstrasse für die Verkehrsteilnehmer künftig unattraktiver wird. Das Gewerbe in Frenkendorf ist natürlich darauf bedacht, dass der Verkehr auch künftig möglichst über die Rheinstrasse gehen wird. Und so müssen sich der Kanton und auch die Stadt dafür einsetzen, dass dies nicht passieren wird.

Werner Fischer (FDP) erstaunen diverse Voten im Rat. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen einen massiven Rückbau der Rheinstrasse aus. Die Rheinstrasse ist die Hauptschlagader für das Gewerbe im Gebiet Liestal Nord, Frenkendorf und Füllinsdorf. Die grossen Lastwagen der dort ansässigen Baufirmen, Container-Depots, Betonwerke usw. müssen die Rheinstrasse auch künftig frequentieren können. Gemäss technischem Bericht der Firma Gruner ist eine Strassenbreite von 9 Metern und Lichtraumprofil von 5,2 Metern nötig. Beim Rückbau der Rheinstrasse muss man flexibel bleiben und darf das Gewerbe nicht vergessen. Eine Verkehrsumlagerung zu Gunsten Liestals wird es sicher geben und es ist auch zu beachten, dass es sich beim Rückbauprojekt um den Abschnitt von der Hülftenschanz bis zum Kreisel im Schildareal handelt. Die Planaufgabe, von welcher Liestal direkt betroffen sein wird, wird vermutlich erst Jahr 2014 passieren.

Matthias Zimmermann (SP) meint, mit der neuen Umfahrungsstrasse wird auch eine neue Verkehrsschleuse aufgehen und auch der geplante Zentrumsanschluss wird einen Mehrverkehr für Liestal mit sich bringen. So musste man an der letzten BPK-Sitzung zur Kenntnis nehmen, dass der Zentrumsanschluss verkehrstechnisch für Liestal kein Befreiungsschlag sein wird. Und sollte beispielsweise die Umfahrungsstrasse den Verkehr nicht schlucken können, so hätte Liestal vermutlich mit zusätzlichem Schleichverkehr zu rechnen. Mit einer zunehmenden Blechlawine durch Liestal hindurch würde das Stedtle an Attraktivität verlieren. Eine Verlagerung auf den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr ist nötig. Verkehrstechnische Massnahmen wie eine finanzielle Mehrbelastung, eine Dosierung des Verkehrs, Sperrungen, kleinere Autos usw. könnten die Folge sein, denn ein Akzept von immer noch mehr Verkehr ist nicht mehr lange möglich. So sollte der Stadtrat bei der Rheinstrasse

für eine Begrenzung des Verkehrs schauen, damit der öffentliche Verkehr und auch der Langsamverkehr vom Schildareal bis ins Stedtli Platz haben wird.

Diego Stoll (SP) erklärt, dass von einem Sachverständigen des Kantons bzw. einem Mitarbeiter der Verwaltung an der gestrigen BPK-Sitzung die Aussage gemacht wurde, dass das Verkehrsnetz Liestal bis im Jahre 2030 an die Grenzen stossen wird. Man ist deshalb verpflichtet, begleitende Massnahmen in Zusammenhang mit dem Verkehr zu ergreifen.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers und meint, man könne und dürfe sich nicht gegen den Rheinstrassen-Rückbau wehren. Der Rückbau ist gesetzlich verankert und findet statt. Eine Umstellung und Anpassung an die neuen verkehrstechnischen Gegebenheiten sollte auch für das Gewerbe keine Überraschung sein, denn seit ca. 1995 weiss man, dass betreffend der Rheinstrasse etwas passieren wird. Die Gewerbetreibenden hätten sich auf die neuen Umstände längst einstellen und umorganisieren können. Diese sollen nun nicht am Volkswillen herumschrauben und bereits gefällte Volkentscheide wieder rückgängig machen wollen.

Werner Fischer (FDP) meint, er rede auch vom Strassenraum und nicht nur von der Anzahl an Verkehr. Die Rheinstrasse ist und bleibt eine Schwerverkehrsrouten durch das Baselbiet. Inwieweit sich Gewerbe und Industrie neuen Verkehrssituationen anpassen können, zeige doch das Beispiel Waldenburg, wo schon einige Lichter wegen der gleichen Problematik ausgegangen sind.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die angeregte Diskussion bei diesem wichtigen und kontroversen Thema. Im Zusammenhang mit dem Rheinstrassen-Rückbau ist eine politische Ausmarchung notwendig. Die Betroffenheit Liestals wird in der Interpellationsantwort des Stadtrates ebenfalls erwähnt und er habe zu den stadträtlichen Antworten im Moment keine weiteren Ergänzungen anzubringen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zur Interpellation Nr. 2013/43 keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/43.

93 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Bessere Sicherung Schulwege – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend besserem Sichern der Schulwege (Nr. 2013/44)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage im Rat feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Gemäss stadträtlichen Zusicherung an der letzten Sitzung vom 24.04.2013 ist die Interpellation mit der Vorlage Nr. 2013/44a schriftlich beantwortet worden.

Matthias Zimmermann (SP) informiert als Interpellant darüber, dass sich nach der Einreichung seines Vorstosses ein weiterer Unfall ereignete hatte. Nach einer Kollision eines Knaben mit einem Postauto an der Fraumattstrasse musste der Verunfallte mit einem Helikopter ins Spital geflogen werden. Der stadträtlichen Interpellationsantwort gemäss Vorlage Nr. 2013/44a ist zu entnehmen, dass beispielsweise bei der Seltisbergerstrasse das Problem anscheinend noch nicht akut genug ist und die Krux beim Kanton liegt. Es erstaune ihn schon immer wieder, dass in anderen Kanton gewisse Probleme einfach und selbstverständlich gelöst werden können, was in unserem Kanton anscheinend nicht möglich ist. Den Stadtrat möchte er dazu motivieren, bei diesem Thema weiterhin am Ball zu bleiben.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, sie habe bei der Erstellung der Schwachstellenanalyse mitgewirkt. Es würde sie schon interessieren, was bereits umgesetzt wurde und ob der Schlussbericht betreffend der Analyse einsehbar ist. In diesem Zusammenhang möchte sie dringend darum bitten, dass ausgangs Senfiweg für die Überquerung in Richtung Frenken-Schulhaus ein Fussgängerstreifen angebracht wird, denn die Kinder sind orientierungslos und überqueren überall die Strasse, was zu gefährlichen Situationen führt. Die Argumente betreffend falscher Sicherheit, falscher Lerneffekte usw. im Zusammenhang mit den Fussgängerstreifen treffen dort nicht zu. Eltern von schulpflichtigen Kindern haben deswegen auch schon interveniert.

Lisette Kaufmann (GL) führt aus, die Grüne Fraktion habe die stadträtlichen Antworten zu den Fragen des Interpellanten mit Interesse zur Kenntnis genommen. Betreffend der in der zweiten Antwort erwähnten Schwachstellenanalyse müsste vermutlich eine Aktualisierung vorgenommen werden, hatte der Verkehr in den letzten Jahren doch zugenommen, die Schulwege haben Änderungen erfahren usw. Wichtig ist sicher auch der Einbezug der Eltern, damit die Probleme erkannt werden können.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) findet ein rechtzeitiges Handeln wichtig. So erinnere sie sich immer wieder an den Unfall an der Rheinstrasse, bei welchem ein 7-jähriges Mädchen auf dem Fussgängerstreifen angefahren wurde. Und erst nach dem Todesfall dieses Mädchens ist dann eine Ampel installiert worden. Auch möchte sie anregen, dass bei der Seltisbergerstrasse im Langhagquartier Sicherheitsmassnahmen beim dortigen Fussgängerstreifen getroffen werden. Und so laufen auch die Kinder vom Schwieri-Kindergarten in Gefahr, vom Zugangsweglein herkommend, direkt auf die Seestrasse zu laufen.

Karin Jeitziner (FDP) sagt, der Stadtrat habe mit der schriftlichen Beantwortung der Interpellation seine Aufgaben gemacht und die weiteren Massnahmen sowie Schritte aufgezeigt. Es ist aber auch die Pflicht der Eltern, ihre Kinder auf den Strassenverkehr vorzubereiten. Auch die Automobilisten könnten beispielsweise in Gebieten von Kindergärten und Schulhäusern mit Hinweistafeln zur vermehrten Rücksichtnahme aufgefordert werden. Es sollte nicht permanent auf den Autofahrern herumgehackt werden, denn beispielsweise auch viele Velofahrer sind oftmals viel zu schnell unterwegs.

Beat Gränicher (SVP) meint, die Sicherheit sämtlicher Verkehrsteilnehmer dürfte im Interesse aller Ratsmitglieder sein. Ein Referent hat heute bei einem von ihm besuchten Kurs zum Thema Arbeitssicherheit gesagt, dass es der grösste Fehler war, das Hinaushalten der Hand beim Überqueren von Strassen abzuschaffen.

Patrick Mägli (SP) dankt dem Stadtrat für die positiven Antworten im Zusammenhang mit der Interpellation. Betreffend der Situation an der Seltisbergerstrasse werden im Moment fleissig Unterschriften für eine Petition gesammelt, mit welcher unter anderem ein Fussgängerstreifen gefordert wird. Es soll nicht einfach ein Projekt mit dem Fokus auf den motorisierten Verkehr umgesetzt werden, sondern auch der Langsamverkehr darf nicht ausser Acht gelassen werden. Man weiss, dass die Handlungsfähigkeiten des Stadtrates bei verkehrspolizeilichen Massnahmen an Kantonsstrassen sehr beschränkt möglich ist. Der Stadtrat wird gebeten, sich dennoch für mögliche Massnahmen zu Gunsten einer besseren Sicherheit einzusetzen. Es muss verhindert werden, dass erst dann gehandelt wird, wenn bereits etwas passiert ist.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten der Ratsmitglieder. Im Zusammenhang mit der Schwachstellenanalyse wird in der Interpellationsantwort festgehalten, dass die Massnahmen im Budget ausgewiesen werden. Die Sicherheit ist ein Dauerauftrag und auch im Zusammenhang mit der Seltisbergerstrasse ist der Stadtrat der Meinung, dass Massnahmen zur Verbesserung nötig sind. Gespräche wurden bereits mit der Kantonspolizei und dem kantonalen Tiefbauamt geführt und diesen Stellen muss doch auch eine Fachkompetenz zugestanden werden. Der Stadtrat wird die Inputs und Verbesserungsvorschläge der heutigen Ratssitzung aufnehmen und das Nötige gegebenenfalls veranlassen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/44.

94 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Raumplanung Liestal – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Diego Stoll der SP-Fraktion betreffend Raumplanung in Liestal (Nr. 2013/45)

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Wie vom Stadtrat an der letzten Sitzung vom 24.04.2013 zugesichert wurde, ist die Interpellation mit der Vorlage Nr. 2013/45a schriftlich beantwortet worden.

Diego Stoll (GL) bedankt sich als Interpellant für die stadträtlichen Antworten. Es ist ihm bewusst, dass das Thema Raumplanung vermutlich etwas weniger spektakulär ist als die vorgängig behandelten Geschäfte, doch ist dieses nicht weniger wichtig. Gemäss den ersten zwei Antworten sind die Weichen früh und vorbildlich gestellt worden. Er geht nicht einig mit der stadträtlichen Aussage im zweiten Absatz der dritten Frage betreffend einer verdichteteren Bauweise, denn ein weitsichtigeres Agieren wäre nötig. Die Planbeständigkeit im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision gemäss vierten Antwort ist ihm bekannt und auch bewusst, doch muss in diesem Zusammenhang auch die mehrjährige Dauer bei solchen Revisionen berücksichtigt werden. Und so dürfte beispielsweise niemand daran interessiert sein, dass eine Fläche von rund 3,5 Hektaren in OEW-Zonen während weiteren mehreren Jahren brach liegt. Und sollte vom Stadtrat die diesbezüglich überwiesene Motion nicht zufriedenstellend beantwortet werden, müsste der Einwohnerrat mehr Druck aufbauen, um zum Ziel gelangen zu können. Ähnlich wie die Mehrwertabschöpfung wird im Moment in der BPK die Erhebung von Infrastrukturbeiträgen im Zusammenhang mit Quartierplanungen diskutiert.

Hanspeter Meyer (SVP) ist dankbar für den Vorstoss betreffend einer verdichteteren Bauweise, denn man muss sich bewusst sein, dass Land nicht vermehrbar ist. Er stellt fest, dass die einwohnerrätliche Botschaft bzw. diesbezüglich eingereichte Motion betreffend den OEW-Zonen im Kanton noch immer nicht angekommen ist. So ist auf der Liste im Zusammenhang mit der Wirtschaftsoffensive von den riesigen OEW-Flächen in Liestal überhaupt nichts erwähnt.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion befürworte die stadträtlichen Bestrebungen für eine Verdichtung nach innen. Dabei darf man nicht vergessen, was ein verdichteteres Bauen für die Infrastruktur zur Folge hat. So zeichnet sich ab, dass der Quartierplan Weierweg für die Stadt Folgekosten im Zusammenhang mit dem Schulraum mit sich bringen wird. Und würde beispielsweise der Bau von altersgerechten Wohnungen gefördert, hätte dies zusätzliche Spitexkosten zur Folge. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass nicht nur eine Mehrwertabschöpfung passieren soll, sondern ebenfalls Infrastrukturbeiträge im Zusammenhang mit Quartierplanungen geleistet werden sollten.

Matthias Zimmermann (SP) bemerkt, dass auch das hindernisfreie und behindertengerechte Bauen von Wohnungen für ältere Einwohner bei Quartierplanungen usw. in der BPK diskutiert wird. Die Raumplanungsdiskussion findet zur Zeit auch in der BPK statt und ist äusserst spannend. Im Zusammenhang mit der letzten Ortsplanungsplanungsrevision sind unter anderem auch die Nutzungsziffern usw. erhöht worden. Es wäre wichtig zu wissen, was unter diesem neuen Regime gebaut wurde und ob man mit den neuen Vorschriften dem Ziel einer Verdichtung näher gekommen ist. Er regt an, diesbezüglich eine Erhebung zu machen, welche bei künftigen Entscheidungsfindungen dienlich sein dürfte.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf verschiedene Äusserungen aus dem Rat. Im Zusammenhang mit der letzten Ortsplanungsrevision sind die OEW-Zonen bereits ausführlich diskutiert und thematisiert worden. Und die Besitzverhältnisse können auch mit einer Orts-

planrevision nicht geändert werden. Betreffend der Plansicherheit sei festgehalten, dass ein beschlossener Ortsplan für mindestens 10 – 15 Jahre gelten muss. Nach der kürzlich beschlossenen eidgenössischen Raumplanungsgesetzänderung muss nun zuallererst der Kanton die Mehrwertabschöpfung auch noch auf kantonaler Stufe regeln, bevor die Gemeinden diesbezüglich dann noch aktiv werden können. Die Gemeinden haben im Moment noch gar keine gesetzliche Grundlage für eine Mehrwertabschöpfung. Die Abgeltung von Infrastrukturbeiträgen muss mit den Investoren bei Quartierplan-Verhandlungen noch ausgehandelt werden. Diesbezügliche Forderungen müssen rechtlich verhalten. Anwänderbeiträge können bereits heute den Investoren und Bauherrschaften in Rechnung gestellt werden, sollten beispielsweise Strassenbauten innerhalb eines QP-Perimeters nötig sein usw.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zur Interpellation Nr. 2013/45 keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/45.

95 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Ortsbus-Bedürfnisabklärung – Postulat von Meret Franke namens der Grünen Fraktion betreffend Bedürfnisabklärung Ortsbus (Nr. 2013/49)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Liestal, 17. April 2013

Postulat

Bedürfnisabklärung Ortsbus

Die Siedlungsentwicklung schreitet in Liestal voran, die Stadt wird immer grösser.

Bis jetzt fahren in Liestal nur Busse, die Liestal mit den umliegenden Gemeinden verbinden. Quartiere, die nicht an einer solchen Strecke liegen, sind vom Busverkehr ausgeschlossen.

So sind zum Beispiel das Langhagquartier oder das Sichernquartier, wo viele ältere Menschen und junge Familien mit Kindern wohnen und welches immer noch weiter ausgebaut wird (ab Herbst 2014 sollen die Wohnungen im „Burgunderpark“ bezugsbereit sein) nicht mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar. Umso mehr wird auf das eigene Auto zurückgegriffen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen wiederum schränkt die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer ein.

Busverbindungen in alle Quartiere würden zur Standortattraktivität beitragen und die Umwelt schonen.

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen, ob in den bisher nicht erschlossenen Quartieren das Bedürfnis nach einem Bus besteht und ob es eine Lösung geben würde, die Gebiete mit einem Bus zu erschliessen.

Namens der Grünen Fraktion

Meret Franke

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat zu übernehmen.

Meret Franke (GL) bedankt sich als Postulantin dafür, dass der Stadtrat ihren Vorstoss zur Beantwortung übernehmen würde, welchen sie basierend auf Anfragen aus der Bevölkerung einreichte. Liestal wächst und wächst, deshalb ist es an der Zeit, dass ganz Liestal mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar wird. Füllinsdorf hat bereits einen Ortsbus, welcher im Viertelstunden-Takt zwischen dem Bahnhof und dem Dorf verkehrt und rege benutzt wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt eine Bedürfnisabklärung, da die im Vorstoss erwähnten Quartiere nicht mit Bussen erschlossen sind. Ihre Fraktion ist skeptisch, ob die Finanzierung in einem tragbaren Rahmen möglich sein wird. Der Beizug eines ÖV-Fachmannes durch den Stadtrat wäre wichtig. Vom Verein Senioren für Senioren ist ein Quartierfahrdienst für die Quartiere Sichern, Burg und Frenkenbündten organisiert worden. Ihre Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) berichtet, auch die SP-Fraktion findet die geforderte Bedürfnisabklärung absolut sinnvoll. Das Sicherternquartier ist doch recht gross und mit keinem Linienbus erschlossen, obwohl dort auch viele Schüler zur Schule gehen. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Michael Bischof (FDP) meint, der Bedarf für Ortsbusse ist sicher bei gewissen Leuten vorhanden. Der Stadtrat, die Verwaltung und Fachleute werden die Bedürfnisabklärungen sicher beschäftigen und mit Kostenfolgen verbunden sein. Schlussendlich dürfte aber der ganze Aufwand nichts bringen, weil die Realisierung viel zu teuer wäre und deshalb nicht umgesetzt würde. Dass der Ortsbus in Frenkendorf Sinn macht, wird auch von ihm nicht in Frage gestellt. Die dortige Situation kann aber nicht mit den im Postulat erwähnten Quartieren verglichen werden, in welchem Leute wohnen, die sich gar mehrere Autos leisten können und über mehrere Parkplätze verfügen. Vielmehr möchte er die Postulantin dazu ermuntern, nach neuen Lösungen zu suchen. Sei dies mit einem ähnlichen Projekt wie beim Verein Senioren für Senioren, eine Angebotserweiterung der Velostation, ein Rikscha-Angebot usw. Die Bewohner in den betreffenden Gebieten wussten schon immer, dass es in ihrem Quartier keine Busverbindung gibt. Er frage sich schon, warum man denn immer noch perfekter und grosszügiger werden müsse, was schliesslich immer mit Kostenfolgen zu Lasten der Allgemeinheit verbunden ist. Eine Mehrheit seiner Fraktion wird sich gegen eine Überweisung des Postulates aussprechen.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass es die Ortsbusse im Sichertern- und Langhagquartier schon einmal gegeben habe. Kann es sein, dass diese mangels Interesse oder finanziellen Mitteln heute nicht mehr existent sind? Das Velokurier-Angebot erfreut sich vermehrter Beliebtheit, diverse Läden bieten bereits Hauslieferungen an und so funktioniert die Nachbarschaftshilfe vielfach immer noch. Die Idee des Postulates ist gut, doch die Einführung von Quartier- bzw. Ortsbussen dürfte schlussendlich ganz einfach an den fehlenden finanziellen Mitteln scheitern. Seine Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates aus.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) kann sich ebenfalls an ein früheres Busangebot für das Sichertern- und Langhagquartier erinnern. Diese beiden Quartiere haben starke Veränderungen erfahren und so macht eine Bedürfnisabklärung sicher auch Sinn.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2013/49 wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

96 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Ergolzstadt – Beantwortung der Interpellation „Zukunft des unteren Ergolztales: Ergolzstadt?“ von Marianne Quensel der SP-Fraktion (Nr. 2013/50)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

**Zukunft des unteren Ergolztales: Ergolzstadt ?
Interpellation**

*Die rasche Bau-, Verkehrs- und Bevölkerungsentwicklung seit der Mitte des 20. Jahrhunderts im unteren Ergolz-
tal hat die Gemeinden um Liestal mit unserer Stadt zusammenwachsen lassen. Die Entwicklung zur „Ergolzstadt“
war aber eher zufällig und kaum koordiniert. Die gegenseitige Abhängigkeit ist gewachsen aber die entsprechen-
den Chancen sind noch kaum wahrgenommen worden.*

*Parallel dazu ist die dörfliche Denkweise und Mentalität teilweise einer eher offenen/städtischen gewichen, viele
Pendler/innen denken und handeln in grösseren Räumen, entsprechend auch die jüngeren Generationen. Auch
die Kantons- und Landesgrenzen werden – besonders in unserer Region – täglich offener und durchlässiger.*

Damit stellten sich für Liestal ein paar Fragen:

- *Wie ist das Verhältnis unserer Stadt zu den nächstliegenden Gemeinden?*
- *Gibt es weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit?*
- *Gibt es eine raumplanerische Koordination im Hinblick auf die Entwicklung zu einer fast geschlossenen Sied-
lung Liestal, Lausen, Frenkendorf, Füllinsdorf?*
- *Welche Prozesse müsste man unmittelbar jetzt schon, d.h. rechtzeitig anstossen, um die Entwicklung zur Er-
golzstadt sinnvoll zu steuern?*
- *Welche Stärken unserer Stadt müssten im Hinblick auf die zukünftige Ergolzstadt gezielt weiterentwickelt wer-
den? - Gilt es in diesem Zusammenhang Schwächen auszumerzen ?*
- *Welche Fragen hat sich der Stadtrat dazu schon gestellt, welche stellt er dazu dem Einwohnerrat, den umlie-
genden Gemeinden?*

*Gespannt erwarten wir eine erste Antwort vom Stadtrat als Start zu einem – später vielleicht öffentlichen – Dialog
zum ob genannten Thema. - Besten Dank !*

Für die Sozialdemokratische Fraktion

Marianne Quensel

Liestal, 21. April 2013

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zum Vorstoss und den Fragen der Interpellantin Stellung: Die Stadt Liestal ist mit den angrenzenden Gemeinden Frenkendorf, Füllinsdorf und Lausen tatsächlich stark zusammengewachsen. Diese Gemeinden sind bereits heute funktional sehr eng miteinander verflochten, sei dies beispielsweise bei Zweckverbänden, den Kreisschulen, gemeinsamen Stiftungen, Vereinen, Verträgen und Vereinbarungen usw. Selbstverständlich ist eine weitere und zusätzliche Zusammenarbeit möglich. Aus dieser Perspektive muss aber ein gewichtiger Vorbehalt gemacht werden, denn wenn die Aktivitäten von Liestal als Zentrumsgemeinde ausgehen, löst dies Widerstände und Ängste bei den anderen kleineren Gemeinden aus. Diese Erfahrung hatte der Stadtrat schon vor rund 10 Jahren gemacht, als man die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden intensivieren wollte. Da Liestal diesen Prozess zu entschieden führte, hatte dies zu Abwehrreflexen bei den Gemeinden geführt, da eine einseitige Entlastung und Bevorteilung von Liestal befürchtet wurde. Und so war er froh, dass ihn letztes Jahr die Gemeindepräsidenten von Seltisberg und Lupsingen betreffend einem vermehrten informellen Informationsaustausch sowie Zusammenarbeit-Intensivierung angefragt hatten. Der Stadtrat spricht sich für ein behutsames Vorgehen im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden aus. Es braucht eher niederschwellige Projekte in der jetzigen Phase und diese Prozesse müssen von den anderen Gemeinden stark mitgetragen werden. Mögliche Prozesse könnten gemeinsame Stellungnahmen bei Vernehmlassungsverfahren, die Zusammenfassung gemeinsamer Dienstleistungen über die Grenzen hinaus, Themen im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik und der Raumplanung etc. sein. Betreffend der Raumplanung sei erwähnt, dass in unserem Kanton keine eigentliche Regionalplanung etabliert ist. Dem Einwohnerrat sind in der Vergangenheit immer wieder Vorlagen unterbreitet worden, bei welchen es um die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden ging. So war dies beispielsweise kürzlich beim KESB-Vertrag, im Bereich Zivilschutz und Gemeindeführungsstab etc. der Fall. Die eigentliche Grundsatzfrage, ob Liestal bzw. der Stadtrat die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden intensiviert werden soll, ist aber eigentlich vom Einwohnerrat und der Bevölkerung zu beantworten.

Marianne Quensel (SP) dankt als Interpellantin für Beantwortung ihrer Fragen. Die gemachten Erfahrungen des Stadtrates betreffend Abwehrreflexen usw. hatte sie selbst in Annexorganisationen auch schon gemacht. Im Stadtentwicklungsplan 2020 habe sie einige Anhaltspunkte gefunden, bei welchen eine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden geprüft werden könnte. Auch gibt es Themen wie beispielsweise die Demenzbetroffenheit bei älteren Menschen, die grenzübergreifend angegangen werden könnten.

Anna Ott (GL) führt aus, ihre Fraktion begrüsse grundsätzlich eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden. Gerade in der heutigen Zeit mit einem grossräumigeren Denken und Handeln entspricht ein vermehrtes Zusammengehen auch den Bedürfnissen und Entwicklungen der Bevölkerung. Konkret könnte man sich in ihrer Fraktion mit einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Feuerwehr, Zivilschutz, Raumplanung, Infrastrukturen etc. Das Thema Rheinstrasse-Rückbau ist im Rat heute auch schon besprochen worden und auch bei diesem Geschäft würde es sicher Sinn machen, wenn man mit den betroffenen Gemeinden das Gespräch suchen und nach gemeinsamen Lösungen suchen würde.

Markus Meyer (SVP) kann die Voten des Stadtpräsidenten nur unterstützen. Auch im Waldenburgertal gibt es eine sogenannte Zentrumsgemeinde, welche ständig auf die anderen Gemeinden zugeht und mit ihrem forschen Vorgehen immer wieder aneckt. Auch bei kantonalen Gremien ist eine vermehrte Zusammenarbeit sowie ein grossräumigeres Denken länger und mehr feststellbar, was doch erfreulich ist. Die stadträtliche Strategie betreffend einer vorsichtigen und überlegten Vorgehensweise ist der richtige Ansatz.

Pascal Porchet (FDP) kann die Voten der Vorredner grundsätzlich unterstützen, doch darf es nicht verboten sein, dass Liestal visionär weiterdenkt. Gleichwohl sollen Ideen entwickelt werden, wie man mit anderen Gemeinden im Verbund besser zusammen arbeiten könnte. Und bei einem Zugehen auf eine andere Gemeinde dürfte wohl die Wortwahl der initiiierenden Gemeinde zuallererst das Wichtigste sein.

Markus Rudin (SVP) berichtet, dass beispielsweise ein Zusammengehen im Bereich Zivilschutz nach einigen erfolglosen Versuchen auch erst vor kurzer Zeit möglich geworden ist. Ein Zusammengehen ist oftmals erst dann möglich, wenn eine Gemeinde bspw. in personellen Nöten ist. Fusionen und/oder Zusammengehen kosten anfangs etwas mehr, sind das beispielsweise Investitionen für ein grösseres Feuerwehrmagazin, einen gemeinsamen grösseren Werkhof usw.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/50.

97 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Oskar-Bider-Quartier, Ausfahrt – Postulat „Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2013/51)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Fraktion SVP

POSTULAT

Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier

Die Verkehrs-Situation mit der Einmündung; Oskar-Bider-Quartier in die Waldenburgerstrasse ist für alle Verkehrsteilnehmer äusserst gefährlich.

Durch die oftmals langen Wartezeiten bis zum Einfügen in die Waldenburgerstrasse entstehen durch leider ungeduldige Verkehrsteilnehmer immer wieder sehr gefährliche Einbiegemanöver, sowohl in Richtung Liestal Altmarkt, wie im Besonderen aber auch in Fahrtrichtung Waldenburg.

Durch diese heikle Situation sind schon diverse Unfälle passiert, wobei leider auch schon Personen verletzt wurden.

Hinzu kommt, dass die Galmsstrasse nach Lausen zur Industriestrasse für den motorisierten Verkehr mit einem gut kontrollierten Fahrverbot gekennzeichnet ist und somit nicht mehr benützt werden darf.

Gerne gehen wir davon aus, dass ein grosses Verbesserungspotential vorhanden ist, welches wir für die Sicherheit unserer Bevölkerung umsetzen müssen.

Wir bitten nun den Stadtrat, das Anliegen des ganzen Oskar-Bider- und Waldstrassenquartiers zu prüfen und dem Einwohnerrat geeignete Massnahmen zur Verbesserung der gefährlichen Situation vorzulegen.

Liestal, 20. April 2012

Der Verfasser:

Hans Rudolf Schafroth

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, diesen Vorstoss zu übernehmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) freut sich als Postulant darüber, dass der Stadtrat seinen Vorstoss zur Beantwortung übernehmen möchte und dankt ihm dafür. Die Ausfahrt vom Oskar-Bider-Quartier in die Waldenburgerstrasse dürfte mit Abstand die gefährlichste im Gemeindegebiet von Liestal sein. Dass die Kreuzung den schweizerischen Normen entspricht, wird nicht angezweifelt. Das Problem sind die motorisierten und unmotorisierten Verkehrsteilnehmer, aber auch die Fussgänger. In kamikazienähnlicher Manier werden Lücken im Verkehr der Waldenburgerstrasse gesucht, um in diese einspuren oder aber diese überqueren zu können. Die Verkehrsteilnehmer können schlecht umerzogen werden und so drängen sich bauliche Massnahmen auf, die nur in Zusammenarbeit mit dem Kanton realisiert werden können. Dem Rat möchte er im Voraus für die Überweisung seines Vorstosses und dem Stadtrat für seine Abklärungen sowie die Beantwortung des Postulates danken.

Canan Güngör (SP) berichtet, sie kenne als direktbetroffene Anwohnerin die dortige Situation und das Gefahrenpotential bestens. Die Insel auf der Waldenburgerstrasse vermittelt ein falsches Sicherheitsgefühl für die Fussgänger. Der sicherere Weg über die Brücke zur WB-Station ist mit einem Umweg von mehreren Minuten verbunden, weshalb diese meist nicht benützt wird. Sie persönlich würde es begrüessen, wenn die Lichtsignalanlage und der Fussgängerstreifen bei der Abzweigung in die Gräubernstrasse bzw. zum Blumenfeld ersetzt bzw. neu beim Übergang vom Oskar-Bider-Quartier zur WB-Station installiert würden. Damit bliebe ein flüssiger Verkehr gewährleistet und die Unfallgefahr bei der Ein- und Ausfahrt ins Oskar-Bider-Quartier könnte reduziert werden. Die SP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, ihre Fraktion unterstütze das Postulat. Bei der dortigen Kreuzung sind schon mehrere Unfälle passiert und es kam auch schon zu einem Todesfall. Insbesondere das Fussgänger-Problem sollte gelöst werden.

Sabine Sutter (FDP) sagt, eine Mehrheit der FDP-Fraktion spreche sich gegen die Überweisung des Postulates aus, denn auch beim vorliegenden Fall muss an die Eigenverantwortung der Verkehrsteilnehmer erinnert werden. Sie kann sich wenig damit anfreunden, dass noch eine weitere zusätzliche Lichtsignalanlage zwischen dem Altmarkt und dem Bad Buben-dorf installiert wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2013/51 an den Stadtrat überwiesen.

98 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. IBA Basel 2020 – Beantwortung der Interpellation zur IBA Basel 2020 von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2013/52)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Fraktion der Grünen Liestal
Jürg Holinger*

Interpellation zur IBA Basel 2020

Von 2010 bis 2020 veranstalten die Städte und Gemeinden der trinationalen Stadtregion Basel die internationale Bauausstellung IBA Basel 2020. Ihr Ziel ist es, die Entwicklung des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Lebensraumes anhand von modellhaften Projekten gezielt zu fördern.

Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, Projektvorschläge einzureichen, die im Rahmen der Bauausstellung IBA Basel 2020 umgesetzt werden.

Verschiedenen Baselbieter Gemeinden (Beispiel Muttenz www.muttenz.ch/de/aktuelles) nehmen an der IBA Basel 2020 teil. Mit der fachlichen Projektbegleitung durch Spezialisten der IBA Basel 2020 werden vorhandene Projekte (Beispiel Bahnhofareal Nord, Oristal, etc) evaluiert und einem Qualifikationsverfahren im Hinblick auf die Vergabe eines Labels unterzogen.

In diesem Verfahren können die Gemeinden vom Wissen der Spezialisten der IBA Basel 2020 profitieren und wertvolle Hinweise und Tipps erhalten. Zudem stellt die IBA Basel 2020 Mittel für die Projektentwicklung und eine internationale Kommunikationsplattform zur Verfügung. Damit wird die Sichtbarkeit der teilnehmenden Gemeinden gefördert und die Umsetzungsqualität verbessert und international präsentiert.

Voraussetzung für die Teilnahme ist die Mitgliedschaft bei der IBA Basel, was mit jährlich wiederkehrenden Kosten von ca. Fr. 10000.00 verbunden ist.

Meine Fragen:

- 1. Erachtet es der Stadtrat als sinnvoll von IBA Basel 2020 als Plattform für die Liestaler Entwicklungsgebiete zu profitieren?*
- 2. Wenn ja, ist er bereit im Rahmen seiner Finanzkompetenz dem Projekt beizutreten?*

Liestal, den 23. April 2013

Jürg Holinger

* * * * *

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zum Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung: Auch der Stadtrat findet die IBA Basel 2020 eine sehr interessante Plattform, bei welcher man sich aktiv einbringen könnte und die auch für die Aussenwahrnehmung wichtig ist. Auch Liestal hatte mit dieser Plattform geliebäugelt und die Absage des Kantons betreffend einem Mitmachen sehr bedauert, da dieser doch auch ein sehr grosser Arealbesitzer in Liestal ist. Erfreulich ist, dass aktuell in Liestal mittlerweile über 15 Quartierplanungen laufen. Einzeln betrachtet ist aber jedes Projekt doch eher zu klein und zu bescheiden. Ein Mitmachen bei der IBA Basel 2020 macht vermutlich eher Sinn bei Überbauungen und Dimensionen wie es

bspw. das Polyfeld in Muttenz besitzt. Einige Bewegung ist in Liestal in das Bahnhofareal gekommen, bei welchem die Entwicklungsperspektiven vielversprechend sind. Mit Studienaufträgen und Architektur-Wettbewerben wird man sicher die nötige Qualität auf das Areal bringen. Mit den aktuell Beteiligten auf dem Areal wie Kanton, Bahn und evtl. der Post möchte man aber nun die Komplexität auf dem Bahnhofareal noch steigern, indem sich dann noch Experten der IBA einbringen. Der Stadtrat möchte aus den erwähnten Gründen auch nachträglich keine Bewerbung für ein Mitmachen an der IBA Basel 2020 einreichen.

Jürg Holinger (GL) enttäuschen die stadträtlichen Antworten etwas, doch werden ihm diese keine schlaflosen Nächte bereiten. Ein ihm bekannter IBA-Mitarbeiter kennt als ehemaliger Mitarbeiter der Baudirektion die Situation in Liestal gut. Von diesem wurden verschiedene Gebiete und Quartiere in Liestal zitiert, die durchaus das Potential für ein Mitmachen bei der IBA Basel 2020 hätten. Ein Mitmachen der Stadt Liestal macht natürlich nur dann Sinn, wenn man dies im Schlepptau des Kantons hätte tun können. Er dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Fragen und findet den vom Stadtrat eingeschlagenen Weg betreffend dem Bahnhofareal gut.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt aus, im Landrat sei ein Vorstoss betreffend einem Beitritt des Kantons zur IBA Basel 2020 diskutiert und in Aussicht gestellt worden.

Pascal Porchet (FDP) ist erfreut über die gemachten Aussagen des Stadtpräsidenten und findet es richtig, dass mit der IBA Basel 2020 kein zusätzlicher Player beim zentralen Bahnhofareal auftritt. Er findet den vom Stadtrat eingeschlagenen Weg unterstützungswürdig, denn es ist wichtig, dass beim erwähnten Projekt der Stadtrat das Heft in den Händen behält.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/52.

99 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Erschwinglich wohnen – Postulat „Erschwinglich wohnen in Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion und Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/53)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Erschwinglich wohnen in Liestal

Postulat

Nicht nur im Entwicklungs- und Finanzplan 2013-2017 sondern bereits schon im Masterplan Liestal Nord ist erkennbar, dass die Umsetzung verschiedener Quartierpläne die Einwohnerschaft der Stadt bald erheblich vergrössern wird.

Wohnungen auf dem freien Markt sind oft sehr teuer, weil die Beteiligten (Grundstückhandel, Investoren, Aktionäre, Pensionskassen, Baugewerbe) daran auch ihren entsprechenden Verdienst optimieren. Das ist nichts Neues, das sind nur die Regeln der freien Marktwirtschaft.

Als Ausgleich gilt es, neben anspruchsvollen auch möglichst kostengünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen - an einem breiten Bevölkerungsmix muss die Stadt aus verschiedenen Gründen interessiert sein. Zurückhaltende Wohnungsdimensionen sind auch im Sinne einer besser Ausnützung der zur Verfügung stehenden Fläche.

Gemeinden in teuren Wohnregionen – auch die Kerngebiete der Nordwestschweiz sind kürzlich hier angekommen – gehen darum dazu über, bei Neuüberbauungen einen gewissen Anteil an kostengünstigen Wohnungen (zB. 30 %) durch Zonenvorschriften und Quartierplanreglemente vorzuschreiben.

Wir bitten den Stadtrat - im Interesse eines breiten Bevölkerungsmixes - aufzuzeigen, wie entsprechende Regelungen für Liestal rasch in die Tat umgesetzt werden können. – Besten Dank !

Für die sozialdemokratische Fraktion:

Matthias Zimmermann

Für die grüne Fraktion:

Hanspeter Zumsteg

23. April 2013

** * * * **

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Der Stadtrat ist bereit, auch diesen Vorstoss zu übernehmen.

Stadtrat Peter Rohrbach legt dar, dass sich der Stadtrat betreffend der Übernahme des neuen Vorstosses etwas schwer getan habe, denn das Postulat Nr. 2011/155 betreffend „Zone für preisgünstigen Wohnungsbau“ ist vom Stadtrat vor noch nicht langer Zeit bereits beantwortet und vom Einwohnerrat als erfüllt abgeschrieben worden. Er habe den Verdacht, dass das neue Postulat Nr. 2013/53 mit den ähnlichen Antworten wie bei der Beantwortung des erwähnten Postulates gemäss Vorlage Nr. 2011/155a beantwortet wird.

Matthias Zimmermann (SP) hält als Postulant fest, dass es bei seinem Vorstoss nicht um Zonenplanänderungen geht, wie dies beim Postulat Nr. 2011/155 der Fall war. Beim nun vorliegenden neuen Vorstoss geht es darum, dass in den verschiedenen Zonen und Quartierplänen für ein erschwingliches Wohnen verschiedene Anteile festgelegt werden, bei denen dann auch eine Quersubventionierung möglich ist. Der Begriff „kostengünstige Wohnungen“ wird vom Bund definiert und kann übernommen werden. In anderen Kantonen sind nach dem markanten Anstieg der Wohnpreise bereits Massnahmen erfolgreich umgesetzt worden. Zu Gunsten einer gesunden Bevölkerungsdurchmischung wären stadträtliche Abklärungen im Sinne des Postulates sicher sinnvoll.

Daniel Spinnler (FDP) kann sich mit der Idee des Vorstosses überhaupt nicht anfreunden, denn diese greift stark ins Eigentumsrecht der Investoren ein. Es ist fraglich, ob die vorgeschlagenen Massnahmen überhaupt rechtlich verhalten würden. Und zudem würde auch in den Wohnungsmarkt eingegriffen, womit in einzelnen Fällen einige wenige Familien begünstigt werden könnten. Mit solchen Eingriffen würde aber der Wohnungsmarkt verzerrt und Investoren abgeschreckt. Das Wohnungsangebot in Liestal ist in jeder Beziehung sehr breit. Im FIKO-Bericht betreffend dem Entwicklungsplan 2013-2017 ist auf Seite 4 ausgewiesen, dass eine weitere Durchmischung der Bevölkerung Liestals nicht nötig ist. Und wo kein Problem ist, müssen auch keine Massnahmen getroffen werden. In diesem Zusammenhang wird auf das Mietzinsbeitrags-Reglement der Stadt hingewiesen, denn damit können vom Stadtrat bereits heute finanzielle Beiträge an die Mietkosten bei Sonderfällen geleistet werden.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, auch seine Fraktion habe die Zulässigkeit des Postulates Nr. 2013/53 in Frage gestellt, ist doch das Postulat Nr. 2013/37 mit ähnlichen Stossrichtung noch hängig. Seine Fraktion vertritt die Meinung, dass die Stadt mit den vorgeschlagenen Instrumenten gemäss neuem Postulat nicht in den freien Wohnungsmarkt eingreifen darf. Die Stadt kann wohl Hilfestellungen im Zusammenhang mit Mietzinszuschüssen, Genossenschaftsbauten usw. anbieten, doch soll darauf verzichtet werden, Vorschriften im Sinne der Postulanten zu machen. Die SVP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung nicht zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt als Mitunterzeichner des Postulates Bezug auf den Stadtentwicklungsplan, in welchem wichtige Leitmotive wie „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter im eigenen Stadtteil“, „Attraktive Stadtteile für den flexiblen Familienalltag moderner Familien mit einer Umgebung, welche vom Kindes- bis ins Jugendalter den optimalen Rahmen für Bildung und gesunde Entwicklung schafft“ und „Gemeinschaftssinn in den Stadtteilen für Zusammenhalt, der Sicherheit schafft“ erwähnt werden. Liestal muss sich für eine gute Bevölkerungsdurchmischung und eine gesunde Altersstruktur einsetzen, wozu auch geeigneter Wohnraum vorhanden sein muss. Es darf doch beispielsweise nicht so weit kommen, dass junge Familien mit Kindern aus Liestal wegziehen müssen, weil es an günstigem Wohnraum fehlt. In letzter Zeit wird in Liestal viel geplant und gebaut. Und wenn bei Quartierplanungen eine überdurchschnittliche Nutzung zugestanden wird, ist es doch bei grösseren Überbauungen auch zumutbar, wenn die Stadt verlangt, dass als Gegenleistung kostengünstiger Wohnraum geschaffen wird. Die Ratsmitglieder werden gebeten, der Postulatsüberweisung zuzustimmen. Man darf ja dann darauf gespannt sein, welche machbaren Lösungen vom Stadtrat vorgeschlagen werden.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf das Votum von Daniel Spinnler und merkt an, dass es beim vorliegenden Postulat auch darum geht, wo bzw. in welchem Quartier beispielsweise die ärmeren Leute wohnen. Man kann deshalb den Wohnungsmarkt nicht einfach spielen lassen, wenn man die sozialen Aspekte berücksichtigen möchte.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) informiert, das Postulat habe in seiner Fraktion unterschiedliche Reaktionen bewirkt. Eine gute Bevölkerungsdurchmischung in den Quartieren ist zu begrüssen, nur ist fraglich, wie darauf Einfluss genommen werden kann. Die Einwirkung der Stadt mit eigentumsrechtlichen Einschränkungen lehnen doch einige Fraktionsmitglieder klar

ab. Wie bereits erwähnt, sind mögliche Mietzinsbeiträge gemäss Reglement seit 1999 möglich und vom Stadtrat ist auch noch das Postulat Nr. 2013/37 betreffend der Förderung des genossenschaftlichen Wohnens zu beantworten. Der Postulatstext enthält wenige Argumente, welche zum Entscheid für oder gegen den Vorstoss verhelfen könnten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) führt aus, sie könne als einzige EVP-Vertreterin im Einwohnerrat den Vorstoss unterstützen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erlaubt sich eine persönliche Bemerkung und meint, dass sich der Einwohnerrat und die Politiker generell nicht überschätzen sollten, indem sie die Meinung vertreten, beispielsweise auf den Bevölkerungsmix mit Minikorrekturen Einfluss nehmen zu können.

Michael Bischof (FDP) findet es typisch, dass der Vorstoss aus der linksgrünen Ecke kommt. Als Investor wird man in Liestal länger und mehr dazu genötigt, nach Minergiestandard zu bauen, behindertengerechte Wohnungen anzubieten, Parkplatznachweise zu erbringen und/oder Parkplatzersatzabgaben zu bezahlen, Nutzungseinschränkungen in Kauf zu nehmen usw. Solche Begehrlichkeiten und Auflagen verteuern die Bauten und neu sollen dieselben Bauherrschaften auch noch günstigere Wohnungen bereitstellen. Die Logik geht mit den Wunschträumen der Postulanten nicht auf man sollte den Wohnungsmarkt wie bis anhin spielen lassen.

Matthias Zimmermann (SP) kann es sich bei all den Negativpunkten nicht erklären, weshalb Bauherren in Liestal Schlange stehen und Quartierpläne machen möchten. Liestal scheint doch trotz verschiedener Bedingungen und Auflagen immer noch recht attraktiv zu sein.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2013/53 nicht an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass keine neuen Motionen und/oder Postulate eingereicht wurden, welche gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet werden könnten.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann